

Bau- und Planungsausschuss

Protokoll Nr. BPA/03/2026

**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Bau- und
Planungsausschusses am 04.03.2026,
Ahrensburg, Peter-Rantzau-Haus, Manfred-Samusch-Str. 9, Saal**

Beginn der Sitzung : 19:00 Uhr
Ende der Sitzung : 21:39 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Béla Randschau

Stadtverordnete/r

Herr Burkhard Bertram
Herr Uwe Gaumann
Herr Stefan Gertz
Herr Dr. Detlef Steuer

Bürgerliche Mitglieder

Herr Christian Hack
Herr Danny Liew

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Rolf Griesenberg
Herr Christof Herbers
Herr Finn Kessler

Stellv. Ausschussmitglied (BM)
Kinder- und Jugendbeirat / öffentl.
Teil
Seniorenbeirat / öffentl. Teil

Frau Hannelore Schlautmann

Verwaltung

Herr Tobias Römer
Frau Andrea Becker
Herr Kay Renner
Frau Marleen Schlüter
Herr Sönke Gerundt
Frau Stefanie Kubitz
Frau Lena Soltau
Herr Ulrich Kewersun

bis 21:57 Uhr / TOP 15.2

- zu TOP 10 -
Azubi Verwaltungsangestellte
Protokollführer

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Einwohnerfragestunde
4. Festsetzung der Tagesordnung
5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 01/2026 vom 21.01.2026
6. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 02/2026 vom 04.02.2026
7. Nachfragen der Selbstverwaltung zu Berichten der Verwaltung
- keine -
8. Berichte/Mitteilungen der Verwaltung
 - 8.1. Berichte gem. § 45 c GO - keine -
 - 8.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen
 - 8.2.1. Entwicklung des BBZ
 - 8.2.2. Umgang mit dem Bauturbo
 - 8.2.3. Zukunft der Woldenhornschule
 - 8.2.4. Reparatur von Fahrbahnschäden
 - 8.2.5. Sanierung Trog
 - 8.2.6. Straßenbeleuchtung / Umsetzung der energetischen Sanierung
 - 8.2.7. Bauprojekt "Alte Reitbahn" / Juristische Bewertung
9. Flächennutzungsplan (FNP) - Einstellung des Verfahrens **2026/007**
10. Vorreiterkonzept / Vorstellen des Konzepts und der Maßnahmen
11. Antrag der WAB Fraktion auf Sperrung des Theodor-Storm-Stiegs **AN/079/2025**
12. Sanierung Villa Kunterbunt - Einzelantrag Städtebauförderung gem. StBauFR SH 2026, B.2.2.5 **2026/008**

13. Nachweis von Kfz-Stellplätzen für das Bauvorhaben
Hamburger Straße 42
14. Anfragen, Anregungen, Hinweise
 - 14.1. Entwicklung beim Parkhotel
 - 14.2. Schrottfahrräder im Umfeld des Bahnhofs Ahrensburg und im
Alten Lokschuppen
 - 14.3. Lichtsignalanlage an der Kreuzung Hagener Allee /
Spechtweg / Am Hagen
 - 14.4. Geschwindigkeitsbegrenzung in der Straße Am Hagen
 - 14.5. Verkehrsschild auf dem Radweg Lübecker Straße Höhe
Schulstraße
 - 14.6. Verkehrs- und Parksituation in der Bünningstedter Straße
Höhe Einmündung Am Tiergarten
 - 14.7. Eigentumswechsel Hagener Allee
 - 14.8. Aufstellung des Landesweiten Nahverkehrsplanes (LNVP) /
Beteiligungsverfahren
 - 14.9. Planungsstand zum Ausbau der Hamburger Straße (Nord)

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Beschlussfähigkeit des Bau- und Planungsausschusses ist gegeben. Die Einladung zur Sitzung erfolgte form- und fristgerecht.

3. Einwohnerfragestunde

Nachdem der Vorsitzende darauf hingewiesen hat, dass

- die Namen von Einwohnenden, die in der Sitzung Fragen stellen, oder sich zu Wort melden, in der Niederschrift erfasst werden,
- die Niederschrift anschließend im Internet (Rats- und Bürgerinformationssystem der Stadt Ahrensburg) veröffentlicht wird und
- gegen die Veröffentlichung des Namens unmittelbar bei der Wortmeldung im Rahmen des Tagesordnungspunktes „Einwohnerfragestunde“ Widerspruch eingelegt werden kann, werden folgende Fragen gestellt:

a) **Kilian Bürger** reichte am 26.02.2026 vorab per Email die der **Anlage 1** zu entnehmenden Einwohnerfragen ein, die im Nachhinein durch den FD IV.3 per Email beantwortet werden. Vorab erfolgt eine mögliche Einordnung zu den vom Einwohner vorgetragenen und erläuterten sechs Themen.

1. Der Fachdienst Straßenwesen ist noch dabei, das Vorgehen mit den anderen betroffenen Organisationseinheiten abzustimmen.
2. Der BPA hat im Rahmen der Haushaltsberatung im Januar 2026 den Einsatz der Mittel in der Lübecker Straße favorisiert.
3. Grundsatzideen zum Ausbau des Waldemar-Bonsels-Weges sollen dem BPA in einer Mai-Sitzung per Vorlage präsentiert werden.
4. Die Grundsatzentscheidung, inwieweit der sicherere Radverkehr trotz großer Straßenbäume gewährleistet werden kann, steht in vielen Sanierungsfällen an - bis hin zur künftigen Gestaltung der Hamburger Straße.
5. Die Realisierung einer zweiten Querungsfurt in der Hamburger Straße auf Höhe der Einmündung Brückenstraße würde den Umlauf der

Lichtzeichenanlage unzumutbar verlängern und damit den Verkehrsfluss spürbar hemmen.

6. Die mangelhaften Fahrradbügel im Umfeld des Bahnhofes Ahrensburg werden in Kürze kontrolliert.

- b) Zu den bereits Ende 2025 gestellten Einwohnerfragen zur Verkehrssituation in der Hagener Allee zwischen Starweg und Forsthof Hagen nimmt die Verwaltung wie aus der **Anlage 2** ersichtlich Stellung.

Da keine weiteren Fragen gestellt werden, schließt der Vorsitzende die Einwohnerfragestunde.

4. Festsetzung der Tagesordnung

Der Vorsitzende bezieht sich auf die in der Einladung vom 18.02.2025 vorgeschlagenen Tagesordnung und die hierin angekündigte Empfehlung, die Tagesordnungspunkte 15 bis 18 in nicht öffentlicher Sitzung zu beraten, da überwiegende Belange des öffentlichen Wohls oder berechnigte Interessen Einzelner es erfordern.

Nachdem es von Seiten der CDU-Fraktion den Hinweis gibt, dass der TOP 12 zwar beraten werden kann, die Entscheidung zur Sanierung der Villa Kunterbunt jedoch wegen zu klärender Fragen vertagt werden sollte, kommt man nach kurzer Aussprache überein, hierüber in der Beratung zu entscheiden. Ferner wird klargestellt, dass unter TOP 11 über die Einstellung des Verfahrens zur Aufstellung des Flächennutzungsplanes nur eine Vorberatung stattfindet.

Anschließend wird ohne Aussprache über den entsprechenden Antrag des BPA-Vorsitzenden auf Ausschluss der Öffentlichkeit bei den genannten Tagesordnungspunkten abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

Der Bau- und Planungsausschuss hat insofern mit der gemäß § 46 Abs. 8 der Gemeindeordnung Schleswig-Holstein erforderlichen Mehrheit von 2/3 der anwesenden Ausschussmitglieder zugestimmt.

Letztlich wird über die gesamte Tagesordnung abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 01/2026 vom 21.01.2026

Es gibt den Änderungswunsch, die im Anschluss des nichtöffentlichen TOP 13 eingefügte „Anmerkung der Verwaltung“ ersatzlos zu entfernen, da die getroffenen Aussagen Gegenstand des Protokolls sein sollten. Dieser Änderung wird mehrheitlich zugestimmt.

Keine weiteren Einwendungen; das Protokoll gilt unter Beachtung vorstehender Anpassung als genehmigt.

6. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 02/2026 vom 04.02.2026

Keine Einwendungen; das Protokoll gilt damit als genehmigt.

7. Nachfragen der Selbstverwaltung zu Berichten der Verwaltung

— *keine* —

8. Berichte/Mitteilungen der Verwaltung

8.1. Berichte gem. § 45 c GO

— *keine* —

8.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen

8.2.1. Entwicklung des BBZ

Wie die Verwaltung in Bezug auf die am 04.02.2026 durchgeführte Ortsbesichtigung des BBZ berichtet, sei beim Kreis Stormarn nunmehr die Grundsatzentscheidung zugunsten der baulichen Entwicklung am vorhandenen Standort Hermann-Löns-Straße / Friedensallee getroffen worden.

8.2.2. Umgang mit dem Baturbo

Die Verwaltung berichtet über eine Veranstaltung beim Kreis Stormarn über das neue Instrument des sogenannten Baturbos; über die Anwendbarkeit und das mögliche Verfahren in Ahrensburg wird in einer der nächsten Sitzungen berichtet.

Solange jedoch die Stadtverordnetenversammlung über eine Anpassung der Zuständigkeitsverordnung die Entscheidungen in diesen Fällen noch nicht an den BPA übertragen hat, müssen sämtliche Beschlüsse von ihr getroffen werden; entsprechende STV-Vorlagen waren gefertigt.

8.2.3. Zukunft der Woldenhornschule

Wie die Sitzungsteilnehmer feststellen, gibt es unterschiedliche Informationen über die Zukunft der Woldenhornschule: von einem Neubau in räumlicher Nähe zur Grundschule am Schloss über die Sicherung eines Grundstückes bis hin zur Nutzung der Gebäude der ehemaligen Grundschule in Bünningstedt. Die Verwaltung wird gebeten, sich um offizielle Auskünfte des Kreises Stormarn zu bemühen.

8.2.4. Reparatur von Fahrbahnschäden

Wie die Verwaltung berichtet, sind in den letzten Wochen vier Sattelzüge mit Heißasphalt geordert und in den Fahrbahnen Ahrensburgs verbaut worden, weil diese Form der Reparatur von Schlaglöchern nachhaltiger und wirtschaftlicher sei als die alleinige Verwendung von Kaltasphalt. Das gewählte Vorgehen wird von mehreren Ausschussmitgliedern gelobt.

Auf Nachfrage betont die Verwaltung, dass größere und insbesondere tiefe Schlaglöcher nach wie vor gemeldet werden sollten unter der Email-Adresse straßenwesen@ahrensburg.de.

8.2.5. Sanierung Trog

Die Sanierung des Troges zwischen der Manhagener Allee und dem Tunneltiefpunkt kann zum 07.03.2026 abgeschlossen werden. Die Öffnung dieses Straßenabschnittes wird einhergehen mit einer Verlagerung der Sperrung in den nunmehr zur Sanierung anstehenden Abschnitt vom Tunneltiefpunkt zum AOK-Knoten verbunden mit der Eröffnung der Fahrbeziehung zwischen Woldenhorn und Manhagener Allee.

Ausschussmitglieder bitten künftig, die Zeiträume der Sperrung auf den Hinweisschildern aktuell zu halten.

8.2.6. Straßenbeleuchtung / Umsetzung der energetischen Sanierung

Die Aufträge zur energetischen Sanierung der Straßenbeleuchtung konnten weitestgehend abgeschlossen werden. Zu Verzögerungen und zu einem Mehraufwand hätte insbesondere die Neuverlegung von Kabeln in Straßenabschnitten mit Alleen geführt, die den Einsatz von Saugbaggern erforderlich gemacht haben.

8.2.7. Bauprojekt "Alte Reitbahn" / Juristische Bewertung

Mehrere Ausschussmitglieder beziehen sich auf das Angebot in Immobilienportalen, wonach der vertraglich gesicherte geförderte Wohnraum am Standort Stormarnstraße 51 zur Miete angeboten wird. Sie beurteilen dieses Vorgehen als offensichtlichen Vertragsbruch. Wie die Verwaltung hierzu informiert, werden die städtischen Ansprüche beim Bauprojekt „Alte Reitbahn“ derzeit noch einer juristischen Bewertung unterzogen, bevor im federführenden Sozialausschusses sowie im Hauptausschuss über das weitere Vorgehen berichtet wird. Das unverzügliche Handeln der Verwaltung habe bereits zum Entfernen des Mietangebotes geführt.

Der Ausschussvorsitzende bittet, auch den für den Abschluss des städtebaulichen Vertrages zuständigen BPA auf dem Laufenden zu halten.

9. Flächennutzungsplan (FNP) - Einstellung des Verfahrens

Die Verwaltung bezieht sich auf die Präsentation den BPA am 19.11.2025 und die hierauf aufbauende Vorlage mit den entsprechenden Verfahrensvorschlägen. Die Vertreterin des Stadtplanungsbüros WRS musste für die heutige Ausschusssitzung krankheitsbedingt absagen.

Nachdem nochmals darauf hingewiesen worden ist, dass die abschließende Empfehlung erst für die BPA-Sitzung am 18.03.2026 vorgesehen ist, wird aus den Rückmeldungen ein erstes Meinungsbild der einzelnen Fraktionen deutlich:

Die Sitzungsteilnehmer für die SPD und FDP halten es für erforderlich, an der Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes (FNP) festzuhalten und sich hierbei nach den Vorgaben der politisch unabhängig agierenden Fachkräfte von Land und Kreis zu richten. Der jetzige Verfahrensstand sei weniger durch „neuerliche Anforderungen der Landesplanung“ als vielmehr durch handwerkliche Mängel im kommunalen Verfahren zurückzuführen. Vorgaben zu Wohn-, Gewerbe- und Sportflächen seien wiederholt ignoriert worden, insofern sei eine Ablehnung wenig überraschend. Dies sei umso ärgerlicher, da man versucht habe diese Mängel durch Anträge zu heilen und diese mit der Begründung abgelehnt wurden, es drohe eine Ablehnung des FNP Entwurfs. Nun begründet gerade das Festhalten an den alten Plänen eine Ablehnung. Da das ISEK keinen Ersatz für einen FNP darstellt, der formell und inhaltlich benötigt werde, stelle sich die Frage, wie lange und intensiv der 50 Jahre alte Grundplan noch maßnahmenbezogen verändert werden dürfe, etwa beim Neubau der Feuerwache im Hagen.

Vertreter der übrigen Fraktionen können die Empfehlung zur Einstellung des Verfahrens nachvollziehen. Das jetzige Verfahren sei zum Stillstand gekommen und sollte nicht durch die Aktualisierung umfangreicher Gutachten zum Steuermittelgrab werden. Es gelte mit etwas zeitlichen Abstand ein neues Verfahren zu starten und die politischen Ergebnisse aus den FNP als Diskussionsgrundlage für die Fortschreibung des ISEK heranzuziehen. Hierzu sowie zu Beteiligung der Öffentlichkeit wird ein Änderungsantrag angekündigt. In einen neuen FNP sollten sämtliche aktuellen Aspekte einfließen, wie etwa ökonomische Vorgaben aus dem Vorreiterkonzept.

Wie die Verwaltung betont, sei die Initiative, einen strategischen Plan zur Entwicklung Ahrensburg zu entwickeln, trotz des langen und intensiven Prozesses wegen diverser Schwierigkeiten gescheitert.

10. Vorreiterkonzept / Vorstellen des Konzepts und der Maßnahmen

Über die den BPA betreffenden Maßnahmen wurde vorab in Form eines Berichtes (vgl. **Anlage 1**) informiert. Das Gesamtthema wird von der Verwaltung in der Sitzung auf Basis des dem Protokoll als **Anlage 2** beigefügten Vortrages vorgestellt und erläutert. Dabei wird hervorgehoben, dass die städtischen Liegenschaften erst bis 2040 THG-neutral zu machen sind und die Entwicklung der Emissionen in Ahrensburg abhängig ist vom Vorreiterkonzept. (**Anmerkung der Verwaltung:** Auf die Frage eines Ausschusmitgliedes, weshalb im Klimaschutz-Szenario (Folie 3) als Referenzperiode für die THG-Bilanzierung der Durchschnitt der Jahre 2015 - 2017 gewählt wurde, wird nachgereicht, dass dieses in Anlehnung an das Vorgehen bei den Landesliegenschaften Schleswig-Holsteins (§ 6 EWKG) geschah.)

Diverse Nachfragen ergeben sich zum sogenannten Contracting (vgl. Folien 8, 9). Wie Ausschusmitglieder feststellen, gelte es hierbei nicht in laufende Prozesse des ZGW einzugreifen, sondern sich auf Liegenschaften zu konzentrieren, bei denen bisher wenig Energiesparmaßnahmen umgesetzt werden konnten. Die möglichen Dienstleister (Contractor) hätte zwar die energieeffizienten Investitionen zu tätigen, die sich durch die Energieeinsparung wirtschaftlich rechnen sollen, würden durch die Planung der Gesamtmaßnahme jedoch auch die Risiken tragen.

Klargestellt wird von der Verwaltung, dass die Einzelmaßnahmen zum Erreichen der gesetzten Ziele keine rechtliche Bindung haben.

Zu dem nunmehr veröffentlichten vorfinalen Entwurf des Vorreiterkonzeptes werden Rückmeldungen der Fraktionen bis Mitte März erwartet, damit das Konzept in der 13. KW 2026 verfasst und per Vorlage rechtzeitig zur geplanten gemeinsam UA-/BPA-Sitzung am 13.05.2026 vorgelegt werden kann.

In den ersten Statements von Ausschusmitgliedern wird angemerkt, dass

- die Einzelmaßnahmen ein Spektrum vom großen Blick bis ins Detail aufweisen und wenig konsistent seien,
- Einsparungen bezogen auf den 2 %igen Anteil aller Emissionen in der Stadt eventuell keine große Außenwirkung erzielen und
- man sich auf Maßnahmen konzentrieren sollte, die effektiv umsetzbar sind.

12. Sanierung Villa Kunterbunt - Einzelantrag Städtebauförderung gem. StBauFR SH 2026, B.2.2.5

In der Einführung in den Sachverhalt mit der vorgeschlagenen Antragstellung erinnert die Verwaltung daran, dass

- es bisher mit der Sanierung von Rathaus und BBH bereits zwei abgewickelte Einzelanträge und mit dem Ausbau der Hamburger Straße noch einen offenen Antrag gibt,
- daneben über die Städtebauförderung die Grunderwerbe nördlicher Marstall und Speicher getätigt wurden und
- die Sanierung der Villa Kunterbunt durchfinanziert ist, indem die benötigten Eigenmittel – wie am Ende des Sachverhalts in der Vorlage dargestellt – sich in der Summe schon auf dem SBF-Sonderkonto befinden und im Haushalt 2026 bereitgestellt worden sind.

Auf Nachfrage wird an die Darstellung der derzeit nicht die Stadt einsetzbaren SBF-Mittel in der Vorlagen Nr. 2025/003 (Kapitel 7 und 8) erinnert, wonach rund 5,6 Mio. € zur Verfügung stehen, wovon rund 4 Mio. € für den prioritären Ausbau der Hamburger Straße (Nord) gebunden sind. Absehbarer sei, dass viele der SBF-Einzelmaßnahmen in dem begrenzten Zeitraum der Städtebauförderung nicht mehr realisiert werden können.

In der anschließenden Beratung wird zwar hinterfragt, ob diese Immobilie auch künftig den derzeit Nutzenden zur Verfügung gestellt werden soll, gleichzeitig jedoch betont, dass diese an dem Standort verbleiben möchten und das Gebäude eine langfristige soziale Nutzung aufweist.

Einvernehmlich wird festgestellt, dass das Gebäude erhaltenswert und sanierungsbedürftig ist sowie eine Sanierung über die SBF-Mittel für die Stadt als Eigentümerin als wirtschaftlich anzusehen ist.

Wie bereits unter TOP 4 angedeutet kommt man überein, die Empfehlung erst in der Sitzung am 18.03.2026 und damit nach der Beratung des federführenden Sozialausschusses am 10.03.2026 abzugeben.

14. Anfragen, Anregungen, Hinweise

14.1. Entwicklung beim Parkhotel

Auf Nachfrage stellt die Verwaltung fest, dass sie derzeit nicht in Kontakt ist zu den Eigentümern des Parkhotels in der Lübecker Straße wegen des Zustandes der Immobilie. Es besteht nach wie vor bauaufsichtlich die Genehmigung als Hotelnutzung.

Wie Teilnehmer in dem anschließenden Gedankenaustausch anmerken, komme es zu widerrechtlichem Betreten und Übernachten in dem ungenutzten Gebäude; die Eigentümer bzw. Betreiber würden hiergegen vorgehen.

Eine Anmerkung wird unter Ausschluss der Öffentlichkeit angekündigt.

14.2. Schrottfahrräder im Umfeld des Bahnhofs Ahrensburg und im Alten Lokschuppen

Eine Sitzungsteilnehmerin kommt auf ihre gleichlautende Anregung am 17.12.2025 zurück und bemerkt, dass sich die Situation mit den vielen Schrotträdern noch nicht gebessert habe. Die Verwaltung verweist auf ihre Stellungnahme vom 21.01.2026 (vgl. TOP 8.2.2 des BPA-Protokolls) und bittet direkt mit dem Ordnungsamt in Kontakt zu treten.

14.3. Lichtsignalanlage an der Kreuzung Hagener Allee / Spechtweg / Am Hagen

Ein Ausschussmitglied erkundigt sich nach den Hintergründen, weshalb diese Lichtsignalanlage am Wochenende ausgeschaltet wird, obwohl eine sichere Fahrbahnquerung im Umfeld der nahen Seniorenwohnanlage geboten erscheint.

14.4. Geschwindigkeitsbegrenzung in der Straße Am Hagen

Ein Ausschussmitglied erinnert an seine Anfrage, weshalb die Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h in der Straße Am Hagen nur für eine Fahrrichtung ausgeschildert ist.

14.5. Verkehrsschild auf dem Radweg Lübecker Straße Höhe Schulstraße

In Bezug auf die Verlegung der Fernwärmeleitung in der Schulstraße und die während der Bauphase genehmigte provisorische Zufahrt zur Lübecker Straße bittet ein Ausschussmitglied darauf zu achten, dass der Radweg in Richtung Süden bzw. Innenstadt nutzbar bleibt und nicht durch Verkehrsschilder / Baken verstellt wird.

14.6. Verkehrs- und Parksituation in der Bünningstedter Straße Höhe Einmündung Am Tiergarten

Ein Ausschussmitglied bezieht sich auf seine Anregung vom 17.12.2025 und die Stellungnahme der Verkehrsaufsicht vom 04.02.2026 (vgl. BPA-Protokoll TOP 7.2.2). Es bittet die Einschätzung nochmals überprüfen und hierbei zu berücksichtigen, dass insbesondere in den Abendstunden die auf der Westseite der Fahrbahn Bünningstedter Straße parkenden Kfz bis zur Höhe Einmündung Am Tiergarten reichen und es dort zu gefährlichen Verkehrssituationen komme.

14.7. Eigentumswechsel Hagener Allee

Ein Ausschussmitglied thematisiert einen Verkaufsfall im Bereich Hagener Allee / P&R-Anlage Ladestraße. Die Verwaltung stellt auf Nachfrage fest, dass die Stadt Ahrensburg weder privatrechtlich noch auf Basis eines öffentlichen Rechtes ein Vorkaufsrecht besitzt bzw. geltend machen kann. Dieses Recht setzt einen konkreten Bedarf voraus, der ins Planungsrecht eingeflossen ist.

Der Vorsitzende kündigt an, die Aussprache nach dem nicht öffentlichen Bericht fortzusetzen (vgl. TOP 15.2).

14.8. Aufstellung des Landesweiten Nahverkehrsplanes (LNVP) / Beteiligungsverfahren

In Bezug auf das bis zum 17.03.2026 laufende Beteiligungsverfahren zum LNVP gedenkt die Verwaltung keine Eingabe mit Hinweisen abzugeben, da die Stadt Ahrensburg nur indirekt insbesondere durch folgenden drei Themen betroffen ist:

- Mit dem geplanten RE78 von Neumünster über Bad Oldesloe nach Hamburg würde auch ein durchgängig 3. Gleis zwischen Ahrensburg (Gartenholz) und Bargteheide geprüft werden.
- Dem bereits vor geraumer Zeit direkt übermittelten Wunsch, auch den Bahnhof Gartenholz nach Realisierung der S4 mit einem Grundtakt von 10 Minuten zu bedienen, wird im LNVP nicht entsprochen; vorerst wird ein 20-Minutentakt mit einer Verdichtung zu Ein- und Aussetzzeiten aufgezeigt.
- Die Bahnstrecke Lübeck-Ratzeburg-Büchen wird mittelfristig nur instandgesetzt, aber nicht ausgebaut.

14.9. Planungsstand zum Ausbau der Hamburger Straße (Nord)

Auf Nachfrage eines Ausschussmitglieds bestätigt die Verwaltung, dass die noch ausstehenden Tiefbauarbeiten in der Hamburger Straße zwischen AOK-Knoten und Rondeel zumindest planerisch fortgesetzt werden und eine Vorstellung des Verfahrenstandes in einer der nächsten Sitzungen eingeplant ist.

gez. Béla Randschau
Vorsitzender

gez. Ulrich Kewersun
Protokollführer